

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 08.06.2016
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Straße 29, 26419 Schortens
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesend sind:

stv. Ausschussvorsitzende/r
Axel Homfeldt

Ausschussmitglieder

Peter Eggerichs	
Janto Just	Vertretung für Prof.-Dr. Hans Günter Appel
Hans Müller	
Sandra Muschke	Vertretung für Dörthe Kujath
Heinrich Ostendorf	
Wolfgang Ottens	Vertretung für Martin von Heynitz
Susanne Riemer	
Manfred Schmitz	Vertretung für Horst-Dieter Freygang

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling
StOAR Elke Idel
StA Marco Kirchhoff
VA Uta Bohlen-Janßen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
Der stv. Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Der stv. Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird festgestellt.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 17.02.2016 - öffentlicher Teil
Die Niederschrift wird genehmigt.
5. Einwohnerfragestunde
Es sind keine Einwohner anwesend.
6. 1. Quartalsbericht 2016 Teilhaushalt 11 - Finanzwirtschaft/
Wirtschaftsförderung **SV-Nr. 11//1999**

VA Bohlen-Janßen stellt den Bericht vor. Dieser wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
7. 1. Quartalsbericht 2016 Teilhaushalt 61 - Allgemeine Finanzwirtschaft
SV-Nr. 11//2000

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht.

Auf Nachfrage von RM Homfeldt, ob die gestiegene Einwohnerzahl ausschließlich auf den Zuzug von Flüchtlingen zurück zu führen ist, teilt BM Böhling mit, dass die Stadt Schortens bisher 380 Flüchtlinge aufgenommen hat. Darüber hinaus ist aber auch ein leichter Zugang zu verzeichnen.
8. 1. Finanzbericht 2016 **SV-Nr. 11//2001**

VA Bohlen-Janßen stellt den 1. Finanzbericht 2016 vor.

RM Eggerichs merkt an, dass sich der prognostizierte Jahresfehlbedarf auf etwa 500.000 € verbessert und erkundigt sich nach möglichen Änderungen beim Schuldenstand.

StOAR Idel erläutert, dass diverse Grundstücke verkauft wurden. Unter der Annahme, dass die Beträge für das Aqua-Toll noch in diesem Jahr voll aufgenommen werden, würde sich der Schuldenstand auf etwa 15,57 Mio. € belaufen.
9. Bericht zur Steuerschätzung Mai 2016 **SV-Nr. 11//2006**

StOAR Idel erläutert den Bericht zur Steuerschätzung.

RM Homfeldt erkundigt sich, ob Erkenntnisse dahingehend vorliegen,

welche Auswirkungen die VW-Krise haben wird und wie andere Kommunen damit umgehen.

StOAR Idel teilt hierzu mit, dass mögliche Auswirkungen bisher nicht eingerechnet sind. Laut dem Städte- und Gemeindebund können sich mögliche Auswirkungen ab 2018 ergeben. In der 24. KW findet eine Besprechung der Kämmerer der Kommunen des Landkreises Friesland statt. Ebenfalls ist die Stadt Schortens seit 2015 Mitglied im Fachverband der Kämmerer in Niedersachsen e.V. Sobald zu diesem Thema entsprechende Informationen vorliegen, wird im Finanz- und Wirtschaftsausschuss (alternativ Verwaltungsausschuss) berichtet.

10. Haushaltsgenehmigung 2016 **SV-Nr. 11//2007**

StOAR Idel berichtet einführend über die wesentlichen Inhalte der Haushaltsgenehmigung des Landkreises Friesland.

RM Eggerichs merkt an, dass für das Jahr 2017 zunächst von einem Schuldenstand von 19,3 Mio. € angegangen wurde. Durch Verbesserungen ist nun von einem Schuldenstand von etwa 18,3 Mio. € auszugehen. Dies ist deutlich besser als die seinerzeit im Raum stehenden 20 Mio. €. Ebenfalls lag zu diesem Zeitpunkt bereits die Information vor, dass bisher nicht eingeplante Verkaufserlöse und mögliche Zuschüsse den Stand noch verbessern werden.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass ein Schuldenstand von über 20 Mio. € aus einer Sitzungsvorlage zu entnehmen war.

BM Böhling berichtet, dass die Verwaltung aktuell eine Maßnahmenliste ausgearbeitet hat. Demnach wird die Grenze von 17,5 Mio. € unter Einbeziehung verschiedener Maßnahmen eingehalten. Auch der Ergebnishaushalt weist in den jeweiligen Jahren ein positives Ergebnis aus. Somit sind die dort vorgesehenen Investitionen möglich. Für die Erweiterung Gewerbegebiet Branterei wird deutlich, dass dieses Gewerbegebiet benötigt wird. So gibt es bereits jetzt für etwa 30 % der Flächen konkrete Interessenten.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass der Schuldenstand in den Jahren 2017 – 2020 dennoch zu hoch ausfällt. Die Liste beinhaltet Maßnahmen, wie das Freizeitbad, welche nicht erforderlich sind. Wichtiger sind vielmehr die Schulen und Turnhallen.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene „Ersatzlösung“ hinsichtlich eines Schwimmbades ebenfalls Geld gekostet hätte.

RM Just teilt mit, dass gemäß der Haushaltsgenehmigung Personalaufwendungen in die Sparbemühungen einzubeziehen sind. Laut RM Just muss man auch bei den freiwilligen Leistungen schauen. So besteht ein hohes Einsparpotential im Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien. Die Höhe des Zuschussbedarfs für die Einrichtung steht in keinem Verhältnis zu der Anzahl der Nutzer.

RM Ottens verdeutlicht, dass der Personalkostenanteil der Stadt Schortens ohne die Kindertagesstätten bei 19 % liegt und sich dieser somit im Rahmen hält. Das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Eventuell ist zu überlegen, ob unter Umständen das Konzept anzupassen ist. Sofern hier jedoch Einsparungen bei den Personalaufwendungen vorgenommen werden, wird es die schwächeren der Gesellschaft treffen.

BM Böhling unterstreicht, dass im Pferdestall starker Betrieb herrscht und er mit der Arbeit dort zufrieden ist. Weiterhin soll nun die Arbeit in den Ortsteilen und auch die Straßensozialarbeit intensiviert werden.

Ein reger Zulauf im Pferdestall wird auch von RM Riemer bestätigt.

RM Ostendorf erläutert, dass man die Einnahmen, wie beispielsweise Zuweisungen, nicht erhöhen kann. Aus diesem Grund muss man die Ausgaben betrachten und diese möglichst senken. RM Ostendorf schlägt daher vor, dieses Thema in der neuen Ratsperiode gemeinsam anzugehen.

RM Eggerichs teilt mit, dass man innerhalb der Wirtschaft wenig Einfluss nehmen kann. Durch verschiedene Bautätigkeit wird jedoch ein Anstieg der Grundsteuer erfolgen.

RM Homfeldt erläutert, dass die Verwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion in Form einer detaillierten Liste gut geantwortet hat. Er spricht sich dafür aus, eine für eine öffentliche überarbeitete Liste im nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss auf die Tagesordnung zu nehmen und diese allgemein zu möglichen Haushaltsauswirkungen zu beraten.

RM Eggerichs macht deutlich, dass hierdurch keine vorgezogene Haushaltsberatung erfolgen soll.

RM Riemer spricht sich für eine detaillierte Beratung in den Fachausschüssen aus.

BM Böhling informiert, dass die Verwaltung zunächst vorsichtig rechnet und sich einige Zahlen, wie beispielsweise Baukosten, erst im Laufe der Planungen konkretisieren. Die nunmehr erstellte Liste zeigt auf, dass verschiedene Maßnahmen in den kommenden Jahren berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von RM Ottens, wie es sich mit den Verkaufserlösen und den möglichen Zuschüssen bei der Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei im Vergleich zu den Baukosten verhält, erläutert StOAR Idel, dass ein Zuschuss von max. 60 % der förderfähigen Kosten möglich ist. Zu diesen förderfähigen Kosten zählt beispielsweise auch der Grunderwerb, welcher bereits in Vorjahren getätigt wurde und somit schon in den Büchern vorhanden ist.

RM Homfeldt erkundigt sich nach dem Sachstand bei der

Eröffnungsbilanz und wo es unter Umständen aktuell Schwierigkeiten gibt.

Hierzu teilt StOAR Idel mit, dass es die enormen Massen an umfangreichen Prüfpositionen – auch unter Berücksichtigung der anderen Kommunen – sind, welche mit dem vorhandenen Personal beim Rechnungsamt bearbeitet werden müssen. Man ist jedoch bei der Stadt Schortens sehr weit fortgeschritten und positiv gestimmt, dass die Prüfung dieses Jahr abgeschlossen werden kann. Anschließend müssen die Jahresabschlüsse durchgeführt werden.

11. **Neufassung Richtlinie für die Vergabe von Gewerbegrundstücken SV-Nr. 11//2008**

StOAR Idel stellt die Sitzungsvorlage vor und erläutert die wesentlichen Neuerungen der Richtlinie.

RM Eggerichs teilt mit, dass man mit der Richtlinie einverstanden ist. Alles Weitere wird sich in der Praxis zeigen.

RM Homfeldt erkundigt sich dahingehend, wer die Qualität des betriebswirtschaftlichen Konzeptes beurteilen wird.

Hierzu teilt RM Eggerichs mit, dass dies durch den Verwaltungsausschuss erfolgt. Im Bedarfsfall kann eine fachkundige Person hinzugezogen werden.

BM Böhling ergänzt, dass es sich hierbei um einen Ausnahmefall handelt.

RM Homfeldt spricht sich für mehr „Sprachdeutsch“ in der Richtlinie aus und diese dahingehend noch zu überarbeiten.

Weiterhin regt RM Homfeldt an, bestimmte Branchen und Cluster zu definieren und dadurch einen Schwerpunkt für Schortens festzulegen. Auf diese Weise können Unternehmen konkret akquiriert werden.

RM Eggerichs gibt zu bedenken, dass beispielsweise die Höhe der zu zahlenden Gewerbesteuer eine solche Regelung möglicherweise wieder aufweichen könnte.

Hinsichtlich der Überarbeitung der sprachlichen Formulierung besteht im Ausschuss Einvernehmen.

(Anmerkung der Verwaltung: Eine überarbeitete Fassung ist als Anlage beigefügt und in Session hinterlegt.)

Anschließend ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Richtlinie für die Vergabe von Gewergrundstücken wird beschlossen.

12. Richtlinie für die Vergabe von Pachtflächen **SV-Nr. 11//2009**

StOAR Idel stellt die Sitzungsvorlage hinsichtlich der Richtlinie für die Vergabe von Landpachten vor.

RM Riemer erkundigt sich zu Ziffer 4 der Richtlinie in welcher Form mögliche Verstöße geahndet werden und spricht sich an dieser Stelle für eine Konkretisierung aus.

Hierzu erläutert StOAR Idel, dass die Formulierung bewusst so gewählt wurde, um einen Ermessensspielraum zu haben. Es kann jedoch bis hin zur Kündigung des Pachtvertrages führen. Eine Geldbuße ist hier nicht möglich, da ein privatrechtlicher Vertrag geschlossen wird.

Auf Nachfrage von RM Just, wie viele landwirtschaftliche Flächen zur Verfügung stehen, teilt StOAR Idel mit, dass es sich etwa um 50 Flächen handelt.

RM Schmitz regt an, das Kriterium „Ökologische Bewirtschaftung“ unter Ziffer 5 c der Richtlinie ersatzlos zu streichen.

RM Homfeldt ergänzt, dass die Verwaltung hier nicht in die Marktwirtschaft eingreifen sollte.

RM Ottens merkt an, dass das Land derartige Aspekte ebenfalls präferiert. Das Kriterium „Ökologische Bewirtschaftung“ sollte in jedem Fall erhalten bleiben. Die Richtlinie ist sauber erarbeitet, sodass man dieser zustimmen werde.

RM Eggerichs teilt mit, dass hier keine finanzielle Unterstützung erfolgt und spricht sich ebenfalls für den Erhalt dieses Kriteriums aus.

StOAR Idel fügt hinzu, dass man bei der Ausarbeitung der Richtlinie auch Informationen vom Landvolk Niedersachsen eingeholt hat.

Der Antrag von RM Schmitz, das Kriterium „Ökologische Bewirtschaftung“ unter Ziffer 5 c der Richtlinie ersatzlos zu streichen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ergeht mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Richtlinie für die Vergabe von Landpachten wird beschlossen.

13. Anfragen und Anregungen:

13.1. Anregung zur allgemeinen Gebühren- und Entgeltanpassung

VA Bohlen-Janßen berichtet von einer Anregung aus dem Verwaltungsausschuss, wonach eine Beratung hinsichtlich der allgemeinen Gebühren- und Entgeltanpassung für die Teilhaushalte 12 und 13 ab dem Jahr 2017 nicht mehr in den Fachausschüssen beraten werden sollte, sondern einmal zu Beginn des jeweiligen Jahres vollständig im Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Es erscheint ungünstig, wenn zu Beginn der Freibadsaison eine Entgelterhöhung beraten und beschlossen wird.

Hierüber besteht im Ausschuss Einvernehmen.